Zugang zu Akten genauer geregelt

Obwalden Der Kanton Obwalden stellt den Zugang zu amtlichen Dokumenten auf eine gesetzliche Basis. Dafür hat der Regierungsrat den Entwurf des Öffentlichkeitsgesetzes verabschiedet und in die Vernehmlassung geschickt.

Das Gesetz regelt den Zugang zu amtlichen Dokumenten, die Ausnahmen, das Verfahren sowie die Zuständigkeiten, wie es in einer Mitteilung heisst. Der Geltungsbereich des Öffentlichkeitsgesetzes wird auf den Kantonsrat und seine Organe ausgedehnt. Es gilt auch für öffentlich-rechtliche Anstalten sowie Private, die öffentliche Aufgaben übernehmen. Auf kommunaler Ebene soll das Öffentlichkeitsgesetz nicht nur für die Einwohnergemeinden gelten, sondern im Sinne der Gleichbehandlung auch für Bezirks-, Bürger- und Kirchgemeinden.

Öffentlichkeitsprinzip 1997 eingeführt

Gemäss der Medienmitteilung verfügt der Kanton Obwalden bereits seit 1997 über ein Öffentlichkeitsprinzip. Dieses soll mit dem Gesetz nun aber detaillierter geregelt werden, wird Landschreiberin Nicole Frunz Wallimann in der Mitteilung zitiert: «Die sehr kurz und allgemein gehaltene Formulierung des Öffentlichkeitsprinzips im Staatsverwaltungsgesetz wirft in der Praxis gelegentlich Fragen auf und eröffnet den Behörden und Stellen einen weiten Ermessensspielraum.» Dies soll sich nun ändern.

Die Vernehmlassung dauert bis am 16. Mai. Voraussichtlich im Herbst kann der Kantonsrat das Öffentlichkeitsgesetz beraten. Der Gesetzesentwurf geht auf eine Motion von Kantonsrat Mike Bacher und 20 Mitunterzeichnenden zurück. Dieser hatte das Parlament im Juni 2019 zugestimmt. *(cgl)*

Kampagne gegen Littering lanciert

Lungern Fischer und Erholungssuchende rund um den Lungerersee sollen nicht nur die Fische, sondern auch den eigenen Abfall mit nach Hause nehmen. Darauf macht eine neue Kampagne aufmerksam, die vom Verwaltungsrat der Lungerersee AG lanciert wurde. Das Unternehmen hat dafür ein Maskottchen geschaffen. Es soll auf sympathische Art auf die Littering-Problematik aufmerksam machen, schreibt die Lungerersee AG in einer Mitteilung.

Das Fischerparadies Lungerersee erfreut sich grosser Beliebtheit. Die Schattenseite dieses Erfolgs ist jedoch unter anderem, dass immer mehr Abfall rund um den Lungerersee liegen geblieben ist. Gemeinsam mit dem Werkdienst der Gemeinde wurden vermehrt Kehrichttouren durchgeführt. «Unser Ziel ist es jedoch, die Fischer zur Mitnahme ihres eigene Abfalls zu bewegen», wird Daniel Odermatt, Geschäftsführer der Lungerersee AG, in der Mitteilung zitiert. *(cgl)*

Hier werden Politiker gelöchert

Sechs Personen wollen in die Obwaldner Regierung. Kantonsschülerinnen und -schüler fühlten ihren Puls.

Manuel Kaufmann

Politik ist nicht nur trocken: Regierungsrat Christian Schäli scherzt mit Kantonsschülerinnen. Bild: Manuel Kaufmann (Sarnen, 17. Februar 2022)

Der Mehrzweckraum der Kantonsschule Obwalden (KSO) erinnerte am Donnerstag etwas an einen Marktplatz. Allerdings wurde nicht über Produkte verhandelt, sondern über Politik diskutiert. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung zu den kommenden Wahlen konnten sich die Obwaldner Parteien an der Kanti Sarnen präsentieren. Die Schülerinnen und Schüler des 4. bis 6. Gymis schlenderten von Stand zu Stand und bombardierten die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien mit politischen Fragen, die sie beschäftigen. Nebst den neun Parteien (inklusive Jungparteien) waren auch alle sechs Regierungskandidatinnen und -kandidaten anwesend. «Es sind bereits viele interessante Gespräche entstanden», sagt Regierungsrat Josef Hess (parteilos). Er sprach mit den Schülerinnen und Schülern über Themen wie Energie- und Umweltpolitik und begrüsst den Anlass an der Kanti: «Dies ist einer der wenigen physischen Anlässe, die im Vorfeld der Wahlen stattfinden.»

Sein Amtskollege Christian Schäli (CSP) ist vertieft in eine Diskussion mit zwei Schülerinnen über die Velowege im Kanton Obwalden. Auch er findet es wichtig, den Austausch mit den Jugendlichen zu suchen. Schäli scheint die beiden Schülerinnen überzeugt zu haben: Wären sie volljährig, würden sie Schäli wieder in die Regierung wählen, wie sie versichern.

«Gute und konkrete Fragen»

Auch die beiden CVP/Mitte-Regierungsratskandidierenden Christoph Amstad (bisher) und Cornelia Kaufmann-Hurschler (neu) nahmen sich die Zeit für den Anlass an der KSO. Sie sind sehr zufrieden. «Ich bin positiv überrascht von den guten und konkreten Fragen, die uns von den Studierenden gestellt werden», sagt Cornelia Kaufmann. «Es kamen interessante Fragen zu Themen wie Gratis-ÖV, Stimmrechtsalter 16 und auch das Stimmrecht für Ausländer», ergänzt Christoph Amstad. Die Regierungsrätin Maya Büchi (FDP) schliesst sich der Meinung ihrer Kolleginnen und Kollegen an. Auch sie findet den Anlass sehr wertvoll. Ihr sei aufgefallen, dass sich die Jugendlichen insbesondere für die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel stark interessieren.

Regierungsrat Daniel Wyler (SVP) macht sich nichts vor: «Die Jugendlichen wählen tendenziell eher links.» Trotzdem spüre er keine Abneigung gegen seine Partei. Die Gespräche seien sachlich und sehr interessant. Andor Infanger aus der 6. Klasse ist mit seinen 19 Jahren bereits wahlberechtigt. Er hat vor, seinen Wahlzettel auszufüllen. Wen er in den Regierungsrat wählt, weiss er allerdings noch nicht. «Ich will diese Lektion noch nutzen, um mit allen Kandidierenden zu reden und mir so ein besseres Bild zu verschaffen», sagt er. Bisher seien ihm alle sympathisch erschienen.

Die Schülerin Janina Surek feiert am Tag der Veranstaltung ihren 18. Geburtstag und hat auch gleich vor, wählen zu gehen. «Bisher hat mich die SP am meisten überzeugt», sagt sie. Dem schliessen sich ihre Kolleginnen Julia Blättler und Karin Vogel an, die beide erst 17 Jahre alt und damit noch nicht wahlberechtigt sind. Celine Moreira (19) ist zwar schon volljährig, wählen kann sie aber trotzdem nicht: «Ich würde gerne wählen gehen, habe aber den Schweizer Pass leider nicht», erklärt sie. Für eine Person könnte sie sich nicht entscheiden. «Am meisten überzeugt haben mich die Antworten der FDP und die SP», sagt sie.

Antworten werden ausgewertet

Vanessa Kiser (16), Siro Minder (16) und Meera Michelutti (16) gehen in die 4. Klasse. Eine bevorzugte Partei haben sie alle nicht. «Uns ist die Zukunft sehr wichtig und wir wollen von allen Parteien wissen, was sie gegen den Klimawandel unternehmen», sagt Siro Minder. «Am Ende der Lektion werden wir die Antworten der verschiedenen Parteien miteinander vergleichen und uns so eine Meinung bilden», fügt Vanessa Kiser an.

Für Geschichtslehrer und Organisator Bernard Krummenacher ist der Anlass ein Erfolg. Er findet es schön, dass alle Regierungsratskandidierenden zugesagt haben. «Das ist Obwalden», sagt er erfreut. Der direkte Austausch sei für viele Schülerinnen und Schüler interessanter als das ausschliessliche Behandeln politischer Themen im Schulunterricht.

«Ich meinti»

Freiheit mit Verantwortung

Jetzt gibt es kein Halten mehr. Keine Zertifikatspflicht mehr. Maskenpflicht fast völlig aufgehoben. Nur noch kurze Isolation bei Coronapositiv-Fällen. Die herbeigesehnte Freiheit hat uns wieder. Aber «Freiheit mit Verantwortung» hat unser Bundespräsident gesagt. Jeder soll selbst entscheiden, wie er sich trotz noch vorhandener Pandemie in der Öffentlichkeit verhalten will.

Das geht von freiwilligem Maskentragen bis zum Verzicht auf Händeschütteln. Auch das Küsschen, Küsschen bei Begrüssungen und Verabschiedungen wird es schwierig haben, jedenfalls am Anfang. Daran müssen wir uns erst wieder gewöhnen.

Mitten in dieser neuen Lebensphase beginnt die Fasnachtszeit. Die Vorfreude steigt stündlich, jedenfalls bei den Fasnachtsbegeisterten, die schon fast aufgegeben haben. Jetzt geht es noch im Eiltempo in den Kostümladen. Es gibt viele, die völlig unvorbereitet sind und aus Angst vor der Absage keine Zeit in die Fasnachtsvorbereitungen gesteckt haben. Jetzt noch schnell dies und das in der Gruppe basteln, nähen, organisieren, abmachen, richtige Masken vorbereiten, mit viel Euphorie und alles unter Zeitdruck. Alles darf stattfinden, Guuggenkonzerte, Umzüge, ungewohnte Menschenansammlungen, einfach alles. Freude und Freiheit herrscht, aber «Freiheit mit Verantwortung». Wir sind ja maskiert, wird es dann heissen.

In dieser schon fast hektischen Vorfreudezeit werden die Wahlunterlagen in die Haushalte kommen. Genau, das ist ja auch noch zu bewältigen. Bereits seit Wochen stehen sie in jedem Wetter und strahlen um die Wette. Auf Plakaten, teilweise lebensgross oder so klein, dass man niemanden erkennt, im «Unterwaldner», im «Blitz» oder in der Tageszeitung. Nicht zu vergessen sind die sozialen Medien und die vielen farbigen Postzustellungen der politischen Parteien. Mit ganzen Parteizeitungen werden die Wähler eingedeckt. Ab Aschermittwoch noch zehn Tage Zeit, die Qual der Wahl hinter sich zu lassen. Ein urdemokratischer Akt, geprägt auch hier von «Freiheit mit Verantwortung» des Wahlvolkes. Die Auswahl ist gross, die Vielfalt der Persönlichkeiten enorm.

Ich meinti, jetzt liegt es am Stimmvolk, verantwortungsbewusst die Freiheit des Wählens zu nutzen. Aber was sind die Kriterien? Sympathie, Lebenslauf, persönliches Kennen, Leistungsausweis, Wahlversprechen der zugehörigen politischen Partei oder nur das Bauchgefühl? Nicht ganz einfach. Je mehr Stimmberechtigte an die Urne gehen, je besser wird sich die Vielfalt verteilen. Für den gewählten Politiker muss anschliessend der beste Platz gesucht werden. Jeder soll das machen im Amt, was er wirklich kann. Der beste Platz für einen Politiker soll nicht das Wahlplakat bleiben, wie Loriot zynisch gesagt haben soll: Dort sei der Politiker tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.

Karl Tschopp, Stans
redaktion@nidwaldnerzeitung.ch

Karl Tschopp, Rechtsanwalt, Stans, äussert sich an dieser Stelle abwechselnd mit anderen Autoren zu einem selbst gewählten Thema.